

Wahlen in Sabah

Bei den Wahlen zum Landesparlament in Sabah am 18./19.2. konnte die regierende Parti Bersatu Sabah (PBS) noch einmal einen knappen Sieg erringen. Sie erhielt 25 Sitze gegenüber 23 Sitzen für die von der Bundesregierung in Kuala Lumpur unterstützte Nationale Front. Das sind 9 Sitze weniger als vorher und ist ein Rückgang des Stimmenanteils von 53,9% im Jahr 1990 auf 48,7%.

Der Gouverneur weigerte sich wegen angeblicher Krankheit 36 Stunden lang, den Präsidenten der PBS und bisherigen Regierungschef Sabahs, Joseph Pairin, zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Einen ähnlichen Vorfall hatte es bei Pairins erstem erfolgreichen Wahlsieg 1985 gegeben, als trotz eindeutiger Stimmenmehrheit zunächst ein anderer, von der Bundesregierung unterstützter Kandidat zum Ministerpräsidenten ernannt worden war. Das wurde allerdings kurze Zeit später rückgängig gemacht.

Pairin hatte die Wahlen zum Landesparlament 16 Monate früher ausgeschrieben als nötig, zu einem Zeitpunkt, als die Gefahr bestand, daß er wegen Korruption verurteilt werden könnte. Allerdings betrug die vom Gericht festgesetzte Strafe lediglich M\$ 1800. Hätte sie M\$ 2000 oder mehr betragen, dann hätte Pairin das Recht verloren, ein politisches Amt zu besetzen.

Das Ergebnis fiel knapper aus als erwartet. Die PBS verlor vor allem Stimmen unter der chinesischstämmigen Bevölkerung sowie unter den Malaien und Muslimen. Sie hatte im Wahlkampf voll auf die Parole "Sabah den Sabahans" gesetzt. Die erst seit drei Jahren in Sabah existierende UMNO Baru, die wichtigste malaiische Partei in der Regierungskoalition in Kuala Lumpur, hatte dazu aufgerufen, daß Sabah mit Blick auf engere Beziehungen zu Kuala Lumpur wählen sollte, und große Wahlversprechungen gemacht. Hinzu kam, daß sie

offen eine kommunalistische Politik propagierten, indem sie versprach, daß eine Stimme für sie eine "Stärkung der Malaien und Muslime in Sabah" bedeuten würde.

Seit 1990, als die PBS sich aus der Regierungskoalition in Kuala Lumpur zurückgezogen hatte und damit die zweite Landesregierung unter der Kontrolle einer Oppositionspartei war, neben Kelantan im Nordosten der malaiischen Halbinsel, hatte die Bundesregierung alles versucht, um die wirtschaftliche und politische Stabilität Sabahs zu unterlaufen. Finanzzuweisungen vom Bund wurden zurückgehalten, ein Verbot der Ausfuhr von Rohholz aus Sabah wurde erlassen, Mitglieder der PBS einschließlich des Bruders von Pairin wurden nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) inhaftiert, und Pairin selbst wurde wegen Korruption angeklagt.

Geld und die Rolle illegaler, muslimischer Einwanderer hatten ferner eine wichtige Rolle beim Wahlkampf gespielt. Beide Seiten gaben zu,

daß im Wahlkampf viel Geld – zum Stimmenkauf – verteilt worden war. PBS warf der Nationalen Front vor, sie habe mit dem Versprechen auf Einbürgerung an die etwa 1 Mio. illegalen, muslimischen Einwanderer z.T. jeweils bis zu 6000 zusätzliche Wähler zur Eintragung in die Wählerlisten der verschiedenen Wahlbezirke bewegen können. Solche Beschuldigungen lassen sich schwer beweisen, obgleich der Pressesprecher von UMNO Baru in Sabah zugab, daß eine große Anzahl ihrer Parteimitglieder in Sabah früher nicht in den Wählerlisten eingetragen waren.

Schließlich hat die Politik der Bundesregierung ihre Wirkung auf die Wirtschaft Sabahs, die im Vergleich zu Bundesstaaten, die die Bundesregierung unterstützen, eine wesentlich geringere Wachstumsrate aufweist. Das hat nach Meinung von Beobachtern die PBS auch Stimmen, insbesondere unter der chinesischstämmigen Bevölkerung, gekostet.

vgl. FEER 27.1. S.14, 17.2. S.18, 3.3.94 S.18

Handelsboykott gegenüber Großbritannien

Am 25.2.94 kündigte die malaysische Regierung einen Boykott britischer Unternehmen wegen "wilder Beschuldigungen" Malaysias durch die britische Presse an. Auslöser war ein Artikel in der Sunday Times vom 20.2.94, in dem behauptet wurde, daß eine britische Baufirma Bestechungsgelder an hochrangige malaysische Politiker wie auch den Premierminister gezahlt hätte, um Aufträge zu bekommen. Hintergrund dieser Reaktion war die seit Wochen anhaltende Diskussion in der britischen Presse über die "Pergau-Damm-Affäre".

Bei dem Pergau-Damm-Projekt handelt es sich um den Bau eines 100 MW Wasserkraftwerks in Kelantan, dem nordöstlichsten Bundesstaat auf der malaiischen Halbinsel. Es wird mit Hilfe britischer Entwicklungshilfegelder in Höhe von 234 Mio. Pfund von einem Firmenkonsortium, dem einige große britische Baufirmen angehören, gebaut. Im Oktober 1993 veröffentlichte der britische Rechnungsprü-

fungshof einen Bericht über die britischen Hilfeleistungen für den Pergau Damm, in dem die Verwendung von Steuergeldern bei der Entscheidung für das Projekt, wie auch dessen Durchführung kritisch untersucht wurde. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß die "Overseas Development Administration" (ODA), die Regierungsbehörde zur Verwaltung von Hilfsprogrammen, das Projekt als unwirtschaftlich und einen schlechten Kauf eingeschätzt hatte, sie aber dennoch die nötigen Gelder auf Anweisung von "höchster Stelle", seitens des Außenminister, Douglas Hurd, auf Anweisung des Premierministers, John Major, bereitstellen mußte.

Die britische Presse fragte daraufhin, warum die Bedenken der ODA zu diesem Projekt nicht zum Tragen kamen. Es wurde bekannt, daß das Pergau-Projekt 1988 gleichzeitig mit dem Kauf von britischen Waffen im Wert von über einer Mrd. Pfund mit der malaysischen Regierung ver-

handelt worden war. Zwei Parlamentsausschüsse beschäftigten sich daraufhin mit dem Pergau-Damm-Projekt und dem Waffengeschäft und befragten daran beteiligte Minister und Beamte. Gleichzeitig wurden fast täglich neue Enthüllungen über die Hintergründe des Pergau-Damm-Projektes in der britischen Presse veröffentlicht. Es wurde behauptet, daß es ein Teil des Waffenkaufs war und das es mit anderen Projekten im Zusammenhang stand, einschließlich dem Bau eines Stützpunktes der britischen SAS, einer schnellen Eingreiftruppe, in Malaysia.

Obgleich anfänglich die britische Regierung jegliche Verbindungen dementierte, gab sie schließlich doch zu, daß die Absprachen zum Waffenkauf offiziell mit der Entwicklungshilfe für das Pergau-Damm-Projekt verknüpft waren.

Beobachter sehen in der scharfen malaysischen Reaktion, daß Mahathir und seine Regierung zunehmend beun-

ruhigt darüber waren, in welche Richtung die britische Presseberichterstattung noch gehen könnte, und daß weitere Berichte über unklare Finanztransaktionen und Skandale in Malaysia selbst veröffentlicht werden würden. Die Ankündigung des Boykotts war ein Versuch, die malaysische Öffentlichkeit bei weiteren Enthüllungen begegnen zu können und die britische Regierung unter Druck zu setzen, die Presseberichte zu dementieren.

Die britische Regierung und britische Firmen, die mit Malaysia Geschäfte machen, waren von der malaysischen Reaktion überrascht. Schließlich wären sie nicht dafür verantwortlich, was in der britischen Presse steht. Sprecher der britischen Regierung haben die unverantwortliche Berichterstattung der britischen Presse verdammt. Britische Firmen haben in einer ganzseitigen Anzeige ihre Wertschätzung für Malaysia bezeugt.

James Lochhead, London

Wohnhaus bricht zusammen

Am 11. Dezember 1993 brach ein 12stöckiges Wohnhaus mit Eigentumswohnungen ("condominiums"), in sich zusammen. Über 70 Bewohner wurden dabei getötet. Bei dem Haus handelte es sich um eines von drei Blöcken der "highland towers" in Hanglage einer bevorzugten Wohngegend Kuala Lumpurs. Trotz intensiver Versuche von aus Japan, Frankreich und Singapur eingefogener Bergungsmannschaften, Menschen aus den Trümmern herauszuholen, überlebte außer einem philippinischen Kindermädchen, das noch kurz vor dem Einsturz das Gebäude mit einem Kind verlassen konnte, keiner das Unglück. Unter den Toten waren auch der Sohn und die Schwiegertochter des früheren stellvertretenden Premierministers Musa Hitam.

Oberhalb der bereits vor Jahren erbauten Wohnanlage sind große Flächen Wald für den Bau weiterer Wohnanlagen gerodet worden. Dadurch haben sich unterirdische Wasserläufe verändert und den dort befindlichen Boden in Bewegung gebracht, so daß die Fundamente des eingestürzten Hauses weggerissen worden waren. Ein weiterer Wohnblock in der Anlage war

ebenfalls gefährdet und mußte später aus Sicherheitsgründen abgerissen werden.

Das Unglück hat schwerwiegende Auswirkungen auf die einheimische Bauindustrie und hat die Frage nach der Sicherheit solcher Projekte aufgeworfen. Unmittelbar danach hat die Regierung einen Baustop über 105 Wohnungsbauprojekte an Hängen verfügt. Für sie müssen nun besondere Sicherheitsnachweise von einer Gruppe unabhängiger Experten erbracht werden.

Es wurde auch bekannt, daß nach dem Landschaftsgesetz (Land Conservation Act) von 1960 keine Gebäude an einem Hang mit mehr als 18 % Gefälle gebaut werden dürfen. In der Öffentlichkeit werden nun Fragen über Verfahren zur Durchsetzung von Gesetzen durch das Umweltministerium sowie zur Moral der Bauindustrie laut.

Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt sind bereits spürbar. Allein in den letzten acht Jahren wurden ca. 100 solcher Projekte mit annähernd 20.000 Eigentumswohnungen gebaut. Ein Preisverfall von 10 bis 20 % wird für dieses Jahr erwartet.

vgl. FEER 27.1.94 S. S.54f; ALIRAN Vol.13 No.12, 93 S. 2f; eigene Quellen

Asiatische Werte

Auf einer zweitägigen Konferenz Anfang April in Kuala Lumpur mit dem Thema "Asien im 21. Jahrhundert" stellte Malaysias stellvertretende Premierminister, Anwar Ibrahim, fest, die Herausforderung an Asien sei nichts geringeres, als eine "Zivilisationsfrage". Auf der Konferenz kamen etwa 200 Teilnehmer aus ganz Asien in dem gemeinsamen Bestreben zusammen, eine kulturelle Antwort auf den westlichen Druck in bezug auf Menschenrechte und Demokratie zu geben.

Nach Aussage eines Teilnehmers, sind diejenigen in Asien erledigt, die "offen westlich in ihrem Denken sind". Anstelle dessen wird die Region durch die Förderung von Konsensbildung auf der Grundlage "der traditionellen asiatischen Tugenden der Rationalität, Toleranz und Mäßigung" Einheit und Unabhängigkeit entwickeln. Der Politikwissenschaftler Chaiwat Satha-Anand von der Thammasat Universität in Thailand bemerkte, daß "immer mehr Menschen das westliche Modell von Entwicklung in Frage stellen würden. Asien könnte sich als Alternative zum Westen darstellen."

Die Konferenz wurde überwiegend von muslimischen,

malaisischen Schriftstellern und Intellektuellen in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Muslimischer Intellektuelle Indonesiens sowie muslimische Politiker und Intellektuelle aus Thailand und den Philippinen organisiert, von denen viele aus Anwars früheren Kreis von muslimischen Aktivisten stammten.

vgl. FEER 10.2.94

Waffenverkauf an Kambodscha

Beindruckt von Malaysia und seinen Verteidigungsanstrengungen will Kambodscha Waffen aus Malaysia kaufen. Vorgesehen ist der Kauf von sechs Übungsflugzeugen und Schnellbooten. Letztere werden auf Werften in Penang hergestellt. Ferner will Kambodscha nach Angaben des kambodschanischen Staatssekretärs für Verteidigung, Ek Sereywath, Piloten im zivilen wie militärischen Bereich in Malaysia ausbilden lassen und malaysische Ausbilder nach Kambodscha holen. Premierminister Prinz Norodom Ranariddh hatte die Zweite Internationale See- und Luftfahrtausstellung in Langkawi, Malaysia, besucht und sieht in Malaysia ein Vorbild für die Entwicklung Kambodschas, insbesondere im Bereich Tourismus.

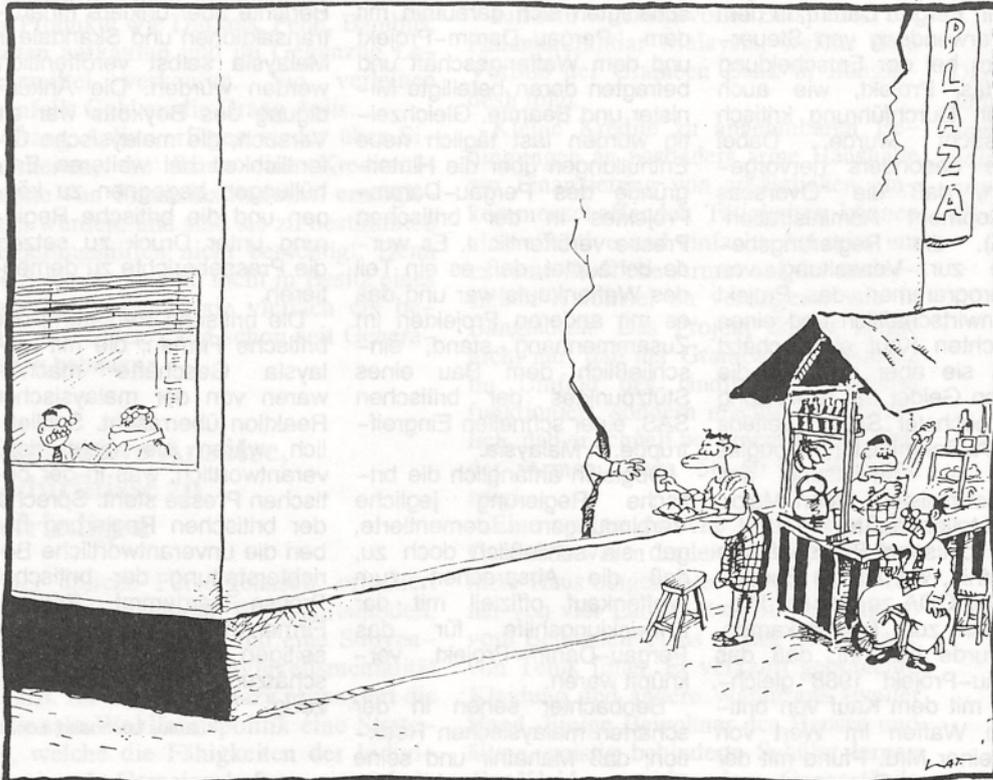
vgl. NST 25.12.1993

382 illegale Ausländer verhaftet

Um die Jahreswende herum wurden bei zwei großräumigen Razzien 382 illegal im Land befindliche Ausländer verhaftet. Darunter 150 Indonesier, 112 Inder, 107 Bangladeshis, 6 Birmanen und 6 Pakistani. Viele von ihnen waren mit einem befristeten Touristen- oder Geschäftsvisum eingereist und sind dann länger geblieben. Einige hatten ohne Arbeitserlaubnis gearbeitet.

Malaysia ist das Land in Südostasien mit der größten Zahl ausländischer Arbeitsmigrant/inn/en. Die Zahl der sich legal im Land Aufhaltenden beträgt nach offizieller Statistik inzwischen eine Million. Schätzungen über die tatsächliche Anzahl von legal und illegal im Land befindlichen Arbeitsmigrant/inn/en gehen bis zu 3 Mio.. Bei einer Gesamtbevölkerung von 18 Mio. wären das 16%!

vgl. NST 28.12.1993; 3.1.1994, eigene Quellen



aus NST 3.1.94